

ISPK Holstenbrücke 8–10, 24103 Kiel

**Herrn MdL Wolfgang Baasch**  
**Vorsitzender des Europaausschusses**  
**Landtag von Schleswig-Holstein**  
**Düsternbrooker Weg 70**

**24104 Kiel**

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/6482

**Institute for Security Policy  
at Kiel University**

Holstenbrücke 8–10  
24103 Kiel

Prof. Dr. Joachim Krause  
Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer

T 0431-979998-40  
F 0431-979998-59  
jkrause@politik.uni-kiel.de  
www.ispk.uni-kiel.de

20.20.2021

**Betreff: Anhörung des Europa-Ausschusses zur Konferenz zur Zukunft Euro-  
pas**

Sehr geehrter Herr Baasch

In der Anlage finden Sie meine schriftliche Stellungnahme zur Anhörung, die auf einige Fragen aus dem Fragenkatalog eingeht, darüber hinaus aber noch einige allgemeine Vorbemerkungen enthält.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Joachim Krause

## Stellungnahme zu den Fragen des Europa-Ausschusses bezüglich der Konferenz zur Zukunft Europas

Von Prof. Dr. Joachim Krause, Stiftung Wissenschaft und Demokratie, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel

### Vorbemerkungen

Ich begrüße es, dass der Landtag von Schleswig-Holstein sich mit der Konferenz zur Zukunft Europas (*Zukunftskonferenz*) befasst und eigene Initiativen dazu anstoßen will. Die „Zukunftskonferenz“ entstand aus dem Bemühen, die derzeitige Krise der Europäischen Integration zu überwinden und dabei vor allem der Frage nachzugehen, wie die Europäische Union ihren Bürgerinnen und Bürgern nähergebracht werden kann. Als Politikwissenschaftler und überzeugter Europäer verfolge ich die Krise der Europäischen Union seit langem und begrüße die Initiative zur Zukunftskonferenz. Gleichzeitig befürchte ich, dass in dem von den zuständigen Gremien beschlossenen Ansatz viele offene Fragen nicht angesprochen werden. Es gibt tiefstehende strukturelle Probleme der Europäischen Union und der europäischen Integration, die in der wissenschaftlichen Literatur wiederholt angesprochen, in der Politik jedoch nur wenig berücksichtigt werden.

Ich will in diesem Zusammenhang nur auf einige, mir wichtig erscheinende strukturelle Probleme hinweisen:

- Es gibt tiefgreifende **Unterschiede bezüglich der weiteren Entwicklung der Union**. Auf der einen Seite stehen Länder wie Deutschland, Frankreich oder auch die Niederlande oder Belgien, die eine vertiefte Integration anstreben und eine Ausweitung der vergemeinschafteten Politikfelder und der Kooperation bei anderen Politikfeldern. Auf der anderen Seite steht die Mehrheit der kleineren und mittleren Mitgliedstaaten, die mit dem derzeitigen Integrationsstand entweder zufrieden sind oder denen dieser schon zu weit geht, und denen gemein ist, dass sie weiteren Integrationsschritten (weder vertraglich noch durch Gerichtsurteile) skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Für die kleineren europäischen Nationen ist die Europäische Union eine Gemeinschaft, innerhalb derer sie ihre nationalen Eigenständigkeiten bewahren können. Die Union solle aber nicht das Ziel haben, Nationalstaaten überflüssig werden zu lassen. Diese Perspektive wird in den größeren, integrationsfreudigen Staaten wie Deutschland oder Frankreich nicht ausreichend gewürdigt und oft abgetan. Damit wird im Gegenzug leider ein anti-europäischer Populismus befördert, der dann die angebliche Bürokratisierung der EU und deren Mangel an Demokratie bemängelt. Die Unterschiede zwischen Integrationsförderern und –skeptikern gibt es auch in den einzelnen Nationalstaaten. Während die Skeptiker in Deutschland deutlich in der Minderheit sind, ist nicht auszuschließen, dass bei der nächsten Präsidentschaftswahl in Frankreich eine Person an die Schalthebel der Macht kommt, die der europäischen Integration mit großer Skepsis gegenübersteht. In den meisten kleineren EU-Mitgliedstaaten ist heute eher Skepsis gegenüber einer Vertiefung der europäischen Integration zu finden.

- Es gibt tiefgreifende Unterschiede bezüglich Lebensstil und Weltanschauung innerhalb der Europäischen Union, und zwar innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten als auch zwischen den Mitgliedstaaten. Auf der einen Seite haben wir Menschen, die global und post-modern orientiert sind, die sich als Weltbürger fühlen und deren Horizont weit über den eigenen Nationalstaat hinaus weist. Auf der anderen Seite haben wir Menschen, deren primäres Augenmerk die eigene Nation umfasst, die in der Welt der Moderne leben und leben möchten und/oder auch an traditionellen Lebensstilen festhalten wollen. Zwischen diesen Lebensstilen wird die Kluft immer größer. Während die Anhänger eines post-modernen und transnationalen Lebensstils häufig auf die Menschen mit traditionellen oder modernen Einstellungen herabschauen, sehen sich die Menschen traditioneller Lebensart nicht für ernst genommen und betrachten die europäische Integration als Bedrohung ihres Lebensstils. Dadurch werden sie leichte Beute für populistische und europakritische bzw. integrationsfeindliche Kräfte. Die Überbrückung dieser Kluft durch eine Politik der gegenseitigen Toleranz ist notwendig. Dieses Problem wird m.E. im Rahmen der Zukunftskonferenz als Problem nicht ernst genug genommen.
- Im heutigen Europa tun sich Konfliktlinien zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten auf, die zusammengenommen eine Geographie der Uneinheitlichkeit bewirken. So gibt es, was die Unterschiede bei Lebensstilen und Weltanschauungen betrifft, eine deutliche Grenze zwischen den westeuropäischen Staaten (Deutschland, Frankreich, BeNeLux) einerseits und den mitteleuropäischen Mitgliedstaaten andererseits (besonders Polen, Ungarn, Slowakei, Tschechien). Eine weitere Konfliktlinie verläuft zwischen den Anhängern einer strikten und den Vertretern einer lockeren Fiskalpolitik. Hier gibt es ein klares Nord-Süd-Gefälle. Riesige Unterschiede gibt es zwischen großen Staaten, wie Deutschland oder Frankreich, die relativ offen für Einwanderung sind und den zumeist kleineren Nationen (insbesondere in Ostmitteleuropa), die sich durch Einwanderung bedroht fühlen. Eine weitere Konfliktlinie wird durch die Bedrohungsperzeption bezüglich Russlands markiert. Hier besteht ein Gefälle zwischen Nordosteuropa und den Staaten des westlichen Europas und des Mittelmeerraums in der Einschätzung der Bedrohung durch das russische Militär. Große Unterschiede gibt es auch zwischen jenen Staaten, die China zunehmend skeptisch gegenüberstehen und solchen, die China freundlich sind. Die Zahl der China-freundlichen Staaten hat sich allerdings deutlich verringert, im Wesentlichen sind das heute nur noch Deutschland, Ungarn, Italien und Griechenland.

Diese hier aufgezeigten Unterschiede und Konfliktlinien stellen wesentliche Kernprobleme der Union dar. Ich hoffe, dass sie als Ergebnis des durch die Zukunftskonferenz angestoßenen Prozesses sichtbar gemacht und politisch überwunden werden. Ich bin allerdings nicht sehr optimistisch, dass das auch so geschehen wird.

## Beantwortung einiger Fragen aus dem Fragenkatalog

Ich möchte kurz auf jene Fragen aus dem Katalog des Ausschusses eingehen, bei denen ich mich angesprochen sehe:

*Welchen Einfluss haben die aktuellen politischen Entwicklungen an den europäischen Außengrenzen (Belarus, Russland, Türkei) für den Zusammenhalt und die Stabilität Europas, sowie für die Schwerpunktsetzungen der europäischen Politik – insbesondere auch mit Betrachtung des Ostseeraums?*

Es geht hier um sehr verschiedene Dinge. Die „aktuellen Entwicklung an den europäischen Außengrenzen“ bezüglich Russland (und auch Belarus) sind völlig unterschiedlicher Natur als diejenigen mit Bezug auf die Türkei.

Was **Russland** betrifft, so muss man leider konstatieren, dass das Land seit Beginn des letzten Jahrzehnts sich intensiv und konsequent darum bemüht, eine militärische Bedrohung gegen seine Nachbarstaaten in Nordeuropa (Nordmitteleuropa) sowie gegen die Ukraine aufzubauen. Die in diesem Zusammenhang aufgebauten militärischen Potenziale verleihen heute der russischen Führung die Fähigkeit, die Ukraine sowie die baltischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Estland, Lettland, Litauen, Polen, aber auch Finnland und Schweden) ganz oder teilweise zu besetzen und – für den Fall einer Reaktion der NATO – Länder im rückwärtigen Raum der NATO (das sind insbesondere Deutschland, Belgien und die Niederlande) mit auch nuklear bestückten Mittelstreckenwaffen zu bedrohen. Ob Russland tatsächlich vorhat, diese militärischen Invasionen durchzuführen, vermag ich nicht einzuschätzen. Nur ist der Aufbau dieser Drohkulisse ein politisches Faktum und kann nicht einfach ignoriert werden. Hinter dieser Politik steht nach Ansicht der überwiegenden Zahl der internationalen Beobachter die Absicht, in Europa eine russische Einflusszone zu schaffen, in der die davon betroffenen Staaten nacheinander ihre äußere (Ukraine) und danach auch ihre innere Souveränität (siehe Belarus) verlieren. In der wissenschaftlichen Debatte aber auch unter unseren hauptsächlichen Verbündeten werden die Legitimationsdefizite der derzeit herrschenden russischen Nomenklatura für die zunehmende Aggressivität und Militarisierung der Politik Moskaus verantwortlich gemacht. Korruption und Kleptokratie haben in Russland eine derartige Dimension erreicht, dass Nationalismus und außenpolitische Militanz offenkundig geeignete Mittel geworden sind, um innenpolitisch die Opposition zu diskriminieren und zu unterdrücken.

Die **Türkei** stellt keine militärische Bedrohung für europäische Staaten dar (auch nicht für Griechenland), wird aber durch einen populistischen und erratischen Präsidenten regiert, der mit allen möglichen außenpolitischen Winkelzügen seine innenpolitische Position zu stabilisieren versucht. Er beteiligt sich mit zweifelhaften Mitteln am Syrienkrieg und spielt mit Syrienflüchtlingen als Instrument der Erpressung Europas. Er versucht USA und Russland gegeneinander auszuspielen, ohne dass erkennbar ist, was er damit letztlich bewirken will. Er tritt gegenüber europäischen Politikern und Politikerinnen in schroffer Weise auf (besonders gerne gegen Kanzlerin Merkel), ohne zu ahnen, was der türkischen Wirtschaft drohen würde, wenn sich die EU gegenüber Türkei abschotten würde. Er heizt den Konflikt zwischen Türken und Kurden an, ohne sich darum zu scheren, was das auch für das Mitei-

inander von Türken und Kurden in Staaten wie Deutschland bedeutet. Seine verschiedenen politischen und militärischen Interventionen in Libyen und Nordafrika haben dazu geführt, dass die Lage in diesen Ländern eher destabilisiert worden ist und europäische Nachbarschaftspolitik dadurch konterkariert wird.

Die Bedrohung durch Russland ist – insbesondere im Ostseeraum – eine enorme und prinzipielle Herausforderung für die Europäische Union, nicht zuletzt, weil sich zwei Mitgliedstaaten militärisch bedroht sehen, die nicht unter dem Schutz der NATO stehen – Finnland und Schweden. Der Zusammenhalt Europas wird dadurch in gewisser Weise beeinträchtigt, weil nicht alle Länder Europas (besonders die westeuropäischen Staaten und die des Mittelmeerraums) den nötigen *sense of drama* entwickeln. Bei Frankreich scheint sich dieser *sense of drama* inzwischen einzustellen, nachdem lange Zeit in Paris die Ansicht vertreten wurde, dass die Bekämpfung des Terrorismus in der Sahelzone wichtiger sei als die Reaktion auf die militärische Drohkulisse Russlands gegen nordosteuropäische Staaten. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich in absehbarer Zeit an der militärischen Bedrohung durch Russland und den Grundelementen der Politik Putins etwas grundsätzlich ändern wird.

Die Herausforderung der EU durch die Türkei ist von weniger prinzipieller Art als diejenige durch Russland und sie stellt keine militärische Bedrohung dar. Zwar hat Erdogan die meisten demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen in der Türkei ausgeschaltet, aber es muss nicht davon ausgegangen werden, dass die Türkei dauerhaft zur Diktatur wird. Die meisten Regierungen der EU haben deshalb eher zurückhaltend reagiert, wenn immer die Türkei wieder mit der Verbringung von Flüchtlingen an die EU-Außengrenze oder der Entsendung von Kriegsschiffen in umstrittene Gebiete drohte oder wenn Erdogan wieder einen seiner politischen Winkelzüge vollzogen hat. Sollte sich die Türkei unter Erdogan und seiner Partei von Europa abwenden, hätte das derart negative Konsequenzen für das Wohlergehen von Millionen von Menschen, dass man vermuten kann, dass er diesen Schritt nicht wagen wird. Die Türkei stellt natürlich insofern eine Belastungsprobe für die EU dar, weil einige Länder (insbesondere Griechenland sowie die Balkanstaaten) stärker durch die erratische Politik Erdogans betroffen sind als andere. Eine konzertrierte, und Erdogan direkt angehende gemeinsame Politik der Europäischen Union wäre wünschenswert.

*Welchen Einfluss hat die Politik der „neuen Seidenstraße“ (China) auf die Innovations- und Wettbewerbssituation Europas im globalen Kontext, und welche Schlussfolgerungen sollte die EU hieraus ziehen, auch hinsichtlich ihrer Schwerpunkte, Organisation, Entscheidungswege und Finanzierung?*

Das Projekt der Neuen Seidenstraße (*Belt-and-Road-Initiative, BRI*) beeinflusst im Prinzip nicht die globale Innovations- und die Wettbewerbssituation Europas. Die BRI ist eine Initiative zur Schaffung von Infrastruktur (Landwege, Schienenwege, Seetransportwege, digitale Netzstruktur, internationaler Zahlungsausgleich etc.), die durchaus auch für europäische Firmen von Vorteil sein kann. Die Initiative wird allerdings aus guten Gründen zunehmend kritisch gesehen, weil sie oft zu Infrastrukturprojekten in finanzschwachen Mitgliedsstaaten führt, die sich nicht auszahlen

(z.B. Eisenbahnverbindung zwischen Belgrad und Budapest) und die dazu führen, dass die Empfängerländer in eine Schuldenfalle geraten, die zu politischer Abhängigkeit von Peking führt. Problematisch ist es auch, wenn sich China in europäische Häfen und Lufthäfen einkauft und seine Position nutzt, um Konkurrenten zu benachteiligen oder auch die Häfen im Krisenfall stillzulegen.

Die zentralen Probleme, die sich mit China für die Innovations- und Wettbewerbssituation Europas ergeben, liegen woanders:

- In erster Linie ist die jahrzehntelange Praxis des illegalen Technologieabschöpfens zu erwähnen, die dazu beigetragen hat, dass die VR China heute in vielen Technologiebereichen hat aufschließen (bzw. in Führung hat gehen) können und europäische (und vor allem deutsche) Firmen von internationalen Märkten verdrängt. China investiert derzeit bewusst in europäische Firmen in strategisch sensiblen Sektoren. Dadurch wird nicht nur Technologie abgeschöpft, es wird auch die technologische Innovationsfähigkeit Europas beeinträchtigt, wenn zentrale Zukunftstechnologien von chinesischen Firmen (oftmals Staatsfirmen oder im staatlichen Auftrag handelnde Firmen) betrieben oder kontrolliert werden, bei denen man nicht davon ausgehen sollte, dass sie die Technologien in einer Weise gebrauchen, dass damit positive Effekte für hiesige Märkte verbunden sein werden.
- China selber betreibt eine strategisch (und das heißt auch militärisch) ausgerichtete Innovationspolitik, bei der enorme staatliche Mittel bereitgestellt werden, um in kritischen Technologien (KI) Vorteile gegenüber europäischen asiatischen oder nordamerikanischen Konkurrenten zu bekommen. Vergleichbare staatliche Investitionsstrategien gibt es auf europäischer Seite nicht und muss es auch nicht geben. Aber es wäre sinnvoll, Maßnahmen ins Auge zu fassen, die die Konkurrenzfähigkeit europäischer Unternehmen verbessern.
- China verwendet eine Vielzahl von illegalen Praktiken der Wettbewerbsverzerrung, um europäische (und amerikanische) Firmen international zu benachteiligen – trotz Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation WTO, die so etwas eigentlich verhindern soll.
- In den vergangenen Jahrzehnten sind eine Vielzahl von industriellen Produktionsstätten aus Europa nach China (oder anderen Staaten Asiens) abgewandert, was dazu geführt hat, dass mehr und mehr Vorprodukte der industriellen Herstellung in Europa aus China oder aus Asien importiert werden müssen. Unter „normalen“ Bedingungen war das kein Problem, aber unter Bedingungen der Corona-Krise hat diese Abhängigkeit zu massiven Ausfällen in der deutschen Industrie und damit zu einer Beeinträchtigung der Wettbewerbssituation der hiesigen Industrie geführt. Besonders Vorprodukte wie Chips sind derzeit knapp, weil die entsprechenden Produktionsstandorte kaum noch in Europa zu finden sind. Nicht alle sind in die VR China abgewandert, aber in vielen Bereichen (gerade auch bei seltenen Erden) hat China heute eine weitgehende Monopolstellung inne. Zwar werden die Folgen der Corona-Krise irgendwann überwunden sein, aber die Gefahr besteht, dass Abhängigkeiten auch politisch genutzt werden. Das kann bis zur offenen Erpressung gehen, wie die Politik Chinas gegenüber Australien gezeigt hat.

- China hält sich die Option einer militärischen Eroberung Taiwans offen. Der derzeitige Präsident Xi Jinping hat sich dabei dermaßen auf die „Wiedervereinigung“ mit der angeblich „abtrünnigen Provinz“ Taiwan festgelegt, dass mehr und mehr Beobachter davon ausgehen, dass eine derartige Invasion in den nächsten Jahren stattfinden könnte. Neben der enormen Eskalationsgefahr für die Region sind auch die wirtschaftlichen Folgen eines derartigen militärischen Abenteuers zu bedenken. Fiel als Folge eines Krieges die Produktion der Firma Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC) aus, bräche nach Einschätzung vieler Beobachter das internationale Halbleiter-Wertschöpfungs-system zusammen. Zudem wäre für lange Zeit der Handelsverkehr mit China aufgrund amerikanischer und europäischer Handelssanktionen unterbrochen, so dass erhebliche Einbrüche für europäische Firmen (insbesondere deutsche Firmen) sowohl bei der Beschaffung von Vorprodukten wie beim Absatz von Vor- und Endprodukten stattfinden würden.

*Welche Bedeutung wird die transatlantische Partnerschaft mit den USA, aber auch die Einbeziehung Großbritanniens, in europäische Konzepte und Zielsetzungen haben, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung, globaler Handel, offene Märkte und Freizügigkeit?*

Ich möchte mich bei der Beantwortung dieser Frage auf die Bereiche Sicherheit und Verteidigung beschränken. Dabei möchte ich Vorsicht anmahnen, was die Begriffe „europäische Konzepte und Zielsetzungen“ betrifft. Ich verfolge die Debatte über „europäische Autonomie“ oder „europäische Souveränität“ seit mehr als 25 Jahren und möchte eines festhalten: nach Ereignissen, die regelmäßig militärische Defizite der EU-Staaten offengelegt haben (zuletzt die Evakuierungsmission aus Kabul), kommt in der Regel der einmütige Ruf nach mehr europäischer Autonomie in der Verteidigung und Sicherheit und nach Kooperation im Rüstungsbereich. Wenige Jahre (oder oft nur Monate) später ist von diesen „Rufen“ nicht viel übrig geblieben und es ändert sich in der Sache recht wenig. Ich erinnere nur an den nie implementierten Beschluss des Rates der EU (also des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs) vom Juni 1999, eine Interventionsstreitmacht der Europäischen Union in der Größe eines Korps der Landstreitkräfte (40.000 bis 50.000 Soldaten und Soldatinnen) im Verbund mit Luft- und Seestreitkräften zu schaffen oder die Initiativen zum „pooling“ und „sharing“, die alle unvollendet geblieben sind.

Die harte Realität europäischer Konzepte im Bereich Sicherheit und Verteidigung ist:

- Die Hauptverantwortung für die Wahrung der Sicherheit wird von praktisch allen EU-Staaten (das gilt mittlerweile auch für Frankreich) weiterhin bei der NATO gesehen. Ursache dafür ist auch der gestiegene Bedrohungsdruck durch Russland.
- Sollten Mitgliedstaaten der EU eine europäische Verteidigungsunion bilden wollen (was theoretisch denkbar ist im Rahmen des EU-Vertrages), die in der Lage sein sollte, Europa allein gegen eine russische Bedrohung zu verteidigen und

auch anderweitig europäische Interessen wahrzunehmen, so müssten Bedingungen erfüllt werden, die derzeit völlig illusorisch sind. So müssten die beteiligten Staaten ein gemeinsames militärisches Oberkommando und ein politisches Führungsorgan schaffen, welches über den Einsatz von Streitkräften entscheidet und die zivile Kontrolle ausübt. Es müssten zudem militärische Fähigkeiten der USA ersetzt werden, über die die Europäer derzeit nicht verfügen. Nach Einschätzung des *International Institute for Strategic Studies* würde allein dieses Vorhaben zusätzliche Investitionen in der Größenordnung von 400 Milliarden Euro erfordern. Zudem müsste geklärt werden, welche Rolle nukleare Abschreckung spielen sollte (Vor allem wer entscheidet über den Einsatz von Kernwaffen?). Diese sind alles Erfordernisse, deren politische Realisierung ich mir derzeit nicht im Entferntesten vorstellen kann.

> Andererseits wird aus den USA signalisiert, dass angesichts der sicherheitspolitischen Entwicklung in Ostasien – das ist die steigende Bedrohung der USA durch China – die Europäer mehr Verteidigungsanstrengungen im Rahmen der NATO übernehmen sollten. Dies bedeutet, dass es Sinn macht, europäische Verteidigungskapazitäten innerhalb der NATO zu etablieren, die geeignet wären, die USA Stück für Stück zu ersetzen, ohne ganz auf die amerikanischen Streitkräfte zu verzichten.

Kiel, den 20.10.2021